

Uwe Holtz, Die Rolle der Entwicklungspolitik im interkulturellen Dialog, in: Hartmut Ihne/Jürgen Wilhelm (Hg.): Einführung in die Entwicklungspolitik, Lit-Verlag, Hamburg 2006, S. 354-364.

*Die Paginierung des nachfolgenden Beitrags entspricht nicht exakt dem Original.*

Die *Einführung in die Entwicklungspolitik* schlägt eine Brücke zwischen einem klassischen und erweiterten Verständnis von Entwicklungspolitik, umfasst also sowohl konkrete Aspekte der Projekt- und Programmebene der Entwicklungspraxis als auch deren globale Einordnung und theoretische Einbettung. Sie führt ein in Verfahren, Instrumente und Institutionen der Entwicklungspolitik auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene und repräsentiert dabei den neuesten Stand der entwicklungspolitischen Diskussion in Theorie und Praxis. Die Beiträge stammen von ausgewiesenen Fachleuten aus Entwicklungspraxis und -forschung. Dieser Theorie-Praxis-Ansatz unterscheidet sie von anderen Einführungen in das Themenfeld. Sie richtet sich insbesondere an Studierende entwicklungspolitisch relevanter Fächer, an Fachleute aus entwicklungspolitischen Organisationen sowie an entwicklungspolitisch interessierte Leserinnen und Leser.

Die Einführung behandelt in sechs Kapiteln allgemeine Grundlagen der Entwicklungspolitik und zentrale Handlungsfelder der Entwicklungszusammenarbeit, wendet sich ausführlich den Politiken ausgewählter bi- und multilateraler Geber zu und beleuchtet die zentralen Aspekte globaler Entwicklung und globaler Strukturpolitik. Systematische Erörterungen zu ethischen und kulturellen Grundfragen der Entwicklungspolitik sowie Überlegungen zur Beratung von Entwicklungspolitik durch Wissenschaft schließen die Einführung ab. Dabei wurde versucht, den Anspruch auf wissenschaftliche Präzision und Begründung mit dem der Lesbarkeit zu verknüpfen.

3-8258-8152-0

LIT

[www.lit-verlag.de](http://www.lit-verlag.de)

### 5.3 Die Rolle der Entwicklungspolitik im interkulturellen Dialog

von Uwe Holtz

- *Kultur und Entwicklung – Zusammenhänge und Grundsätzliches*
- *Kultur in der deutschen Entwicklungspolitik*
- *Schlussfolgerungen für die entwicklungspolitische Arbeit*

#### *Kultur und Entwicklung – Zusammenhänge und Grundsätzliches*

Entwicklungspolitik ist eigentlich „per se schon *interkulturell*“, und interkulturelle Kompetenz ist eine „Schlüsselqualifikation für globales Handeln und nachhaltige Kooperation in entwicklungspolitischen Kontexten“ (so Loch & Seidel 2003: 309f). Dennoch gibt es Anlass, der Entwicklungspolitik nahe zu legen, „kulturelle Sensibilität zu entwickeln“.<sup>1</sup> Auch in der deutschen Entwicklungspolitik spielte bislang Interkulturalität bzw. der interkulturelle Dialog keine besondere Rolle. In einer vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Auftrag gegebenen Evaluierung des interkulturellen Dialogs wurde deutlich, dass „es offensichtlich nur sehr wenige Vorhaben mit dieser konkreten Zielsetzung gibt, wovon die meisten erst nach dem 11. September 2001 geplant wurden“ (BMZ 2003)<sup>2</sup>

Der interkulturelle Dialog in der Entwicklungspolitik ist ein sehr weites und zugleich schwierig zu beackendes Feld. Er umfasst die Interaktion zwischen Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlicher Kulturen bei der Vorbereitung, Durchführung und Evaluierung von EZ-Maßnahmen, bei den formalisierten Verfahren zwischen Partnern und Gebern und dem politischen Dialog zwischen Regierungen, bei der Anwendung z. B. des Partizipationskonzeptes in der deutschen EZ. Herausforderungen an die interkulturellen Kompetenz stellen sich auch bei den Austauschprogrammen im Wissenschafts-, Bildungs- und Kulturbereich sowie den Nachkontaktmaßnahmen etwa der Humboldt-Stiftung, des Goethe-Instituts oder des DAAD, bei der Inlandsarbeit in Deutschland, der Personalauswahl, -vorbereitung und Fortbildung, dem deutschen Beitrag in der multilateralen EZ und besonders bei Vorhaben, die direkt die Förderung des interkulturellen Dialogs zum Ziel haben.

Entwicklung ist ein mehrdimensionaler, komplexer Prozess, der auf die Verbesserung der Lebensbedingungen und die Förderung von Freiheiten abzielt und sich – spätestens seit Rio 1992 - dem Paradigma der nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung verpflichtet weiß. Ein ganz wesentlicher Aspekt menschlicher Entwicklung ist kulturelle Freiheit, wie der UNDP-Bericht über menschliche Entwicklung 2004 betont (vgl. UNDP 2004: 2). In ihrer Stellungnahme zu diesem

---

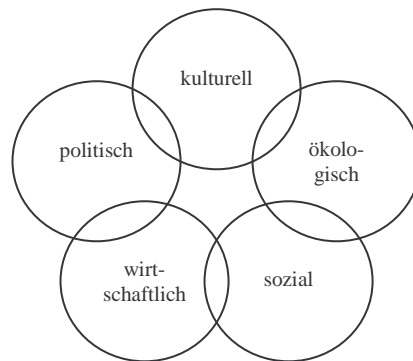
<sup>1</sup> So Gabriele Köhler, Politikberaterin der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung, auf einem Expertentreffen in Bonn anlässlich des UNDP-Jahresberichts 2004 über „kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt“ – zitiert bei Böckmann 2005: 7.

<sup>2</sup> Im Rahmen der Evaluierung der Instrumente des inter- und intrakulturellen Dialogs in der EZ (Zeitraum der Evaluierung: Juli bis November 2002) wurden Gespräche mit 35 Personen aus dem BMZ und acht EZ-Organisationen geführt, darunter die politischen Stiftungen, kirchliche Entwicklungsdienste sowie die GTZ und InWent; zudem wurden Projekturz-Beschreibungen und Literatur analysiert. (s. auch <http://www.bmz.de/de/erfolg/instrumente/evaluierung/kurz/EvalBericht300/index.html>)

Bericht unterstützt Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul den Wunsch der Menschen nach Identität und nach Bewahrung ihrer kulturellen Traditionen; zugleich tritt sie der im Bericht vertretenen Auffassung bei, dass Kultur und Religion nicht für eine Rechtfertigung von Unterdrückung herhalten können: „Maßstab ist die Respektierung der Menschenrechte“.<sup>3</sup>

Jede Entwicklung muss kulturbewusst sein; denn jede Art von Entwicklung hat kulturelle Gegebenheiten zu beachten, Raum für kulturelle Entfaltung zu geben und sich offen für den kulturellen Wandel zu zeigen (vgl. Holtz 1997: 25 ff; ders. 2000: 497). Die staatliche Entwicklungspolitik will dazu Beiträge leisten und entsprechende Eigenanstrengungen in den Entwicklungs- und Transformationsländern unterstützen. In den Partnerländern wird stärker als früher die Bedeutung von Kultur für die Entwicklung erkannt. So will das EU-AKP-Abkommen von Cotonou die Ziele der Partnerschaft nach einem integrierten Konzept angehen, „das den politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und Umweltaspekten der Entwicklung gleichermaßen Rechnung trägt“ (Art. 1) (BMZ 2002: 25).

*Der integrierte Ansatz von Entwicklung nach dem EU-AKP-Abkommen von Cotonou:*



Gemäß der Weltkonferenz über Kulturpolitik in Mexiko 1982 umfasst Kultur im weitesten Sinne „die Gesamtheit der verschiedenen geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Charakteristika, die eine Gesellschaft oder soziale Gruppe kennzeichnen. Sie schließt nicht nur Literatur und Künste ein, sondern auch Lebensweisen, die grundlegenden Menschenrechte, Wertesysteme, Traditionen und Glaubensauffassungen“

([http://www.unesco.org/culture/laws/mexico/html\\_eng/page1.shtml](http://www.unesco.org/culture/laws/mexico/html_eng/page1.shtml)). In unserem Zusammenhang meint Kultur vor allem ein System von Orientierungen, Wertefeldern und Normen für Einzelpersonen und Gruppen, Gesellschaften oder Organisationen (vgl. Thomas 1993; Losche 2000, Weiss 2001) - allerdings kein starres, auf ewig festgezurrt System. Die Welt lässt sich eben nicht fein säuberlich in einzelne Zivilisationen oder Kulturen einteilen, wie auch der UNDP-Bericht zu Recht anmerkt und damit Huntingtons Gruppen der „Zivilisationen“ mit Skepsis betrachtet. Denn es

<sup>3</sup> „Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt“ - Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul beim Pressegespräch zum UN-Bericht über die menschliche Entwicklung 2004, in: <http://www.bmz.de/de/presse/reden/ministerin/rede200407141.html> (30.3.05).

mag zwar eine große Kontinuität von Werten und Traditionen geben, aber Kulturen sind einmal veränderlich, zum anderen ähneln sie sich in vielen Aspekten, und fast alle Gesellschaften waren schon einem Wertewandel unterworfen (vgl. UNDP 2004: 7).

Die wichtigste allgemein gewonnene Erkenntnis über kulturelle Identität und Wandel und über partnerschaftlichen, interkulturellen Dialog lautet:

- kulturelle Eigenständigkeit muss Hand in Hand mit dem notwendigen sozio-kulturellen Wandel gehen (so auch Witte 1985: 77) - kultureller und sozialer Wandel sind zwei Seiten einer Medaille, und beide Prozesse finden im politischen Raum statt;<sup>4</sup>
- der Erfolg des Dialogs hängt von der Bereitschaft zu Veränderungen und Anpassungen auf beiden Seiten ab (vgl. Köhler 1985: 164).

Der aus Indien stammende Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen hat vier Feststellungen zum Thema Kultur und Entwicklung getroffen, deren Bedeutung für das Thema nicht hoch genug veranschlagt werden können (Sen 2002):

- Kultur ist ein konstitutiver Teil von Entwicklung, auch wenn viele andere Faktoren eine Rolle spielen.<sup>5</sup>
- Kultur und kulturelle Faktoren beeinflussen wirtschaftliches Verhalten, die Teilnahme an gesellschaftlichen Interaktionen wie auch Orientierungen und Werte – übrigens positiv wie auch negativ.
- Menschen prägen und beeinflussen Kultur, und sie werden zugleich von ihr geprägt und beeinflusst.
- Kultur ist nie homogen und stationär, sondern agiert mit anderen Kulturen und ist Veränderungen unterworfen; kulturelle Einflüsse von außen zu verbieten ist nicht mit dem Engagement für Demokratie und Freiheit zu vereinbaren.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen kündigten in ihrem Koalitionsvertrag vom Oktober 2002 an: „Wir werden die Menschenrechte, die Gleichberechtigung der Geschlechter sowie die kulturelle Dimension von Entwicklung als Schwerpunkt festigen.“ Damit wird auch die Bedeutung der Kultur für Entwicklung anerkannt, und es klingt nach mehr, als bisher getan wurde.

Für das BMZ bestehen die drei an sich begrüßenswerten Hauptziele der deutschen Entwicklungspolitik darin, die Armut mindern und den Frieden sichern zu helfen sowie die Globalisierung gerecht zu gestalten. Nur so ließen sich menschenwürdige Lebensbedingungen in den Partnerländern des Südens und Ostens schaffen. Um diese Ziele zu erreichen, folge die Entwicklungspolitik einem ganzheitlichen Ansatz: dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung. Dabei verknüpfe die deutsche Entwicklungspolitik eng vier Dimensionen ihres Handelns: Wirtschaftliche Leistungssteigerung, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und auch politische Stabilität (vgl. BMZ 2004: 6f). Die kulturelle Dimension erfährt hier

---

<sup>4</sup> So eine der Schlussfolgerungen des Gedankenaustausches „Kultur und Entwicklung“ am 9. März 2004 im BMZ in Bonn, an dem der Verf. teilgenommen hatte. Gefordert wurde auch, die Debatte über Kultur als Entwicklungshindernis offener zu führen. Die Antwort auf die Frage, ob der Schritt von Kultur als „Rahmenbedingung für EZ“ zur Kultur als „Interventionsraum“ gegangen werden sollte, blieb offen.

<sup>5</sup> So bedeutend die Rolle der Kultur für Entwicklung sein mag, es gibt lt. Sen noch andere Faktoren, so z.B. Beruf, Rasse, Geschlecht, Klasse oder auch „harte“ Fakten, wie die von relevanten Institutionen ausgehenden Anreize für dieses oder jenes Verhalten, die das Leben beeinflussen.

allerdings ebenso wenig eine besondere Beachtung wie auch in dem wichtigen, von der Bundesregierung am 4. April 2001 beschlossenen Aktionsprogramm 2015 („Der Beitrag der Bundesregierung zur weltweiten Halbierung extremer Armut“) oder anderen BMZ-Konzepten. Ein großes Manko – wie auch die UNESCO beklagt - weisen die acht Millenniums-Entwicklungsziele auf: es gibt kein direkt auf die Kultur (übrigens auch nicht auf die Demokratie) bezogenes Ziel, aber immerhin mehrere Ziele, die sich auf Bildung beziehen.

### *Kultur in der deutschen Entwicklungspolitik*

Die Bundesregierung fördert – vor allem über die Auswärtige Kulturpolitik und die Entwicklungspolitik – Dialog, Austausch und Zusammenarbeit zwischen Menschen und Kulturen.<sup>6</sup> Das BMZ verfolgt zwei Hauptzielsetzungen bei der Förderung des interkulturellen Dialogs, der global und auch vor Ort zu führen ist; er soll

- zu einem friedlichen Miteinander und zu mehr Verständnis und Verständigung zwischen verschiedenen Kulturen beitragen und
- das Verständnis der kulturellen Faktoren für Entwicklung stärken.

Zur Neuausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik als Baustein globaler Struktur- und Friedenspolitik gehört auch, dass interkulturelles Lernen und Entwicklungspartnerschaft, d.h. gegenseitiges Geben und Nehmen, als Gestaltungsprinzipien an die Stelle der traditionellen Geber- und Nehmerrolle treten müssen (vgl. BMZ 2001a: 61).

Das Spezifische der interkulturellen Kommunikation bei der Entwicklungspolitik und der Entwicklungszusammenarbeit liegt darin, dass diese - etwa im Unterschied zur global agierenden Privatwirtschaft - an den Leitideen der Armutsbekämpfung, Partizipation und Partnerschaft orientiert ist.

Die mit der wirtschaftlichen Globalisierung und auch der Auslandshilfe einhergehenden Aktivitäten sind in kulturell bedingte leistungs- und veränderungsorientierte Wertvorstellungen eingebettet, die besonders dem europäisch-amerikanischen Kulturkreis entstammen (Pauschalierungen verbieten sich jedoch; so ähnelt die konfuzianische Leistungsethik der calvinistischen in vielen Aspekten) und in anderen Gesellschaften oft zu Spannungen und Desorientierungen führen.

Diese Desorientierungen, verstärkt durch Unterlegenheitsgefühle, erklären die zunehmenden Versuche einer kulturellen Rückbindung/Rückbesinnung („religio“) auf die eigenen Quellen. So sind neue religiöse Bewegungen beobachten, u. a. im Islam, die teilweise politisch instrumentalisiert werden. Da erfolgt eine radikale Vereinfachung der Weltbilder mit pauschalen Orientierungsangeboten, scheinbar legitimiert durch die eigenen, z. T. nachträglich erfundenen kulturellen Traditionen (z.B. „Der Islam ist die

---

<sup>6</sup> Die Auswärtige Kulturpolitik der Bundesregierung (AKP) orientiert sich u. a. an folgenden Zielen und Grundsätzen (s. Auswärtige Kulturpolitik – Konzeption 2000): AKP beschränkt sich nicht auf Kulturvermittlung, sondern fördert Dialog, Austausch und Zusammenarbeit zwischen Menschen und Kulturen. Auswärtige Kulturpolitik gewinnt Partner und Freunde für Deutschland und fördert so unmittelbar vitale Interessen unseres Landes. Die AKP ist nicht einfach neutral, sondern orientiert sich an Werten. Die politischen Leitlinien der AKP werden vom Auswärtigen Amt formuliert und koordiniert. AKP wirkt eng mit anderen Politikbereichen zusammen, insbesondere der Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik sowie der internationalen Kooperation in verschiedenen Bereichen. Dabei findet eine enge Abstimmung der beteiligten Bundesressorts, Länder und Nicht-Regierungsorganisationen mit dem Ziel eines konzertierten Vorgehens statt.

Lösung'). Aber es gibt auch ein Beharren auf vormodernen Wirtschaftsformen, etwa in bäuerlichen Gesellschaften Subsahara-Afrikas, die an ökologisch über lange Phasen als überlebensdienlich bewährten sozio-ökonomischen Verhaltensmustern festhalten und damit möglicherweise Überlebenspotentiale bewahren (so Weiss 2001: 366f).<sup>7</sup> Kinder in Peru sind die Erben einer von vielen als rückständig empfundenen, in mehreren tausend Jahren gewachsenen bäuerlichen Kultur. terre des hommes versucht mit Unterstützung des BMZ mit seinem „Bildungsprogramm zur Förderung der kulturellen und biologischen Vielfalt“ in 37 Dorfgemeinschaften Perus gegen diesen Trend anzukämpfen. Das Ziel des Programms besteht darin, das Selbstverständnis und die Rolle von Kindern als Träger einer lebendigen, den lokalen Bedingungen angepassten Ackerbaukultur zu fördern (vgl. <http://www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/peru/projekte/agrarkultur.html>).

Auf der Dialogveranstaltung zum Thema „Die Herausforderung des Terrorismus – Konsequenzen für die Entwicklungspolitik“ mit dem entwicklungs- und friedenspolitischen Umfeld des BMZ am 21. Oktober 2001 im BMZ in Bonn wurde als eine Konsequenz festgehalten, der interkulturelle und -religiöse Dialog müsse stärker gefördert werden – insbesondere in multireligiösen und multiethnischen Partnerländern und unter Beteiligung gewaltfreier Fundamentalisten. Dabei gelte es, die eigene dominierende Rolle in der Weltökonomie und -kultur zu reflektieren und auch zu verdeutlichen, dass Säkularität nicht ein Konzept ohne Werte sei (vgl. BMZ 2001b).

Zum Dialog gehört auch, dass sich die Dialogpartner frei und ohne Furcht äußern können und dass man selbst dialogfähig ist. BMZ-Staatssekretär Erich Stather ist zuzustimmen: Die Gesellschaften in Europa und in Deutschland haben Werte – viele von ihnen sind universelle, wenn auch nicht überall durchgesetzte Werte, wie die Würde des Menschen, Freiheit, Toleranz, Gerechtigkeit oder die Gleichberechtigung von Mann und Frau –, die in der nationalen und internationalen Debatte noch deutlicher gemacht werden müssen (vgl. BMZ 2001b: 8).

Grob lassen sich vier unterschiedliche Dialogverständnisse, die bei der praktischen Entwicklungspolitik zur Anwendung kommen können, unterscheiden (vgl. BMZ 2003):

- Interkultureller Dialog als Mittel zur Verständigung und Beitrag zu einem friedlichen Umgang mit Konflikten  
Mit dem interkulturellen Dialog ist die Absicht verbunden, die Verständigung zwischen Partnern oder Parteien unterschiedlicher kultureller Herkunft zu fördern. Über den interkulturellen Dialog soll ein Beitrag zu einem friedlichen Umgang mit (Interessens-) Konflikten geleistet werden. Die EZ-Organisationen treten in den seltensten Fällen direkt als Dialogpartner auf. Vielmehr haben sie die Rolle von Mediatoren und Fazilitatoren, wobei sie in den meisten Fällen über lokale oder regionale Organisationen arbeiten.
- Interkultureller Dialog zum Einbringen und zur Förderung von Werten  
Nach diesem Verständnis ist Kultur nicht Rahmenbedingung, sondern Gegenstand von beabsichtigten Veränderungen durch EZ-Vorhaben in den Partnerländern. Das Verständnis von interkulturellem Dialog zum Einbringen und zur Förderung von Werten ist hauptsächlich in den Bereichen des

---

<sup>7</sup> Hingewiesen sei auch auf viele Bereiche traditionellen Wissens, das es z. B. bei der Bekämpfung der Wüstenbildung und der Erhaltung von Artenvielfalt und genetischen Ressourcen zu nutzen gilt. S. etwa UN-Convention to Combat Desertification / Secretariat, Traditional Knowledge (ICCD/COP6/CST/4), 21. August 2003.

Rechtswesen sowie der Förderung von Demokratie, *Good Governance* und Menschenrechten zu finden. Insbesondere bei den politischen Stiftungen, aber auch bei der GTZ geht es neben dem Einsatz von interkulturellem Dialog zur Konfliktprävention und -bearbeitung darum, bestimmte Werte - wie Demokratie, kulturelle Vielfalt, soziale Gerechtigkeit, Solidarität oder auch Liberalismus - in Ländern des Südens und Ostens zu fördern.

- **Interkultureller Dialog als Instrument zur Erreichung von EZ-Zielen**  
Fragen der Kultur gehören nach diesem Verständnis zu den soziokulturellen Faktoren bzw. Rahmenbedingungen, innerhalb derer EZ stattfindet. Kulturelle Fragen werden danach als eine Variable betrachtet, die neben anderen Faktoren bei der Erreichung der Ziele von EZ wie auch bei der nachhaltigen Wirksamkeit der Maßnahmen zu beachten sind (soziokulturelle Faktoren). Der interkulturelle Dialog wird eingesetzt, um die für den Erfolg von Vorhabens – z.B. ländlichen Entwicklungsprogrammen oder Infrastrukturprojekten - relevanten soziokulturellen Faktoren zu verstehen und um die Vorstellungen und Interessen der Partner besser kennen zu lernen. Auch bei Abstimmungs- und Planungsprozessen im Rahmen von Vorhaben spielt interkultureller Dialog eine Rolle, um unterschiedliche Vorstellungen der Beteiligten zu klären und um gemeinsam getragene Entwicklungsvorstellungen zu entwickeln. Dabei ist die Förderung des Dialogs zwischen Gruppen unterschiedlicher Kulturen an das Sachthema des jeweiligen Vorhabens gekoppelt und beschränkt sich darin.
- **Die EZ als interkulturelle Interaktion**  
Die EZ beinhaltet oft auch die interkulturelle Interaktion, die den verschiedenen Etappen der EZ innewohnt, wie z. B. die Interaktion zwischen Vertreter/innen unterschiedlicher Kulturen bei der Vorbereitung, Durchführung und Evaluierung der Maßnahmen ebenso wie die formalisierten Verfahren zwischen Partnern und Gebern und der politische Dialog zwischen Regierungen.

### *Schlussfolgerungen für die entwicklungspolitische Arbeit*

Eine Reihe von Schlussfolgerungen für die entwicklungspolitische Arbeit sei zur Diskussion gestellt:

- Die Entwicklungspolitik sollte eine gewichtigere Rolle beim interkulturellen Dialog spielen und diesen in seinen verschiedenen Ausdrucksformen stärker fördern. Sie muss sich dabei auf ihre komparativen Vorteile besinnen. Der Dialog ist global, regional, national und lokal, bi- und multilateral zu führen; bei regionalen und internationalen Maßnahmen sollten die unterschiedlichen Teilnehmer und Akteure stärker zusammengeführt werden. Letztlich sollte das BMZ den interkulturellen Dialog in den Gesamtbereich seiner entwicklungspolitischen Hauptziele (Armutsbekämpfung und Förderung einer menschenwürdigen Entwicklung, Sicherung des Friedens, gerechte Gestaltung der Globalisierung) einordnen.
- Wenn das BMZ die kulturelle Dimension gemäß dem Koalitionsvertrag, internationalen Konferenzen und völkerrechtlichen Verträgen als Schwerpunkt festigen will, dann empfiehlt sich eine Erweiterung des Vierecks zu einem entwicklungspolitischen Fünfeck: Soziale, ökonomische, ökologische, politische

und kulturelle Entwicklung gehören zusammen.<sup>8</sup> Dazu gehört, dass EZ-Projekte und -Programme kultursensibel geplant und durchgeführt und auch verstärkt kulturelle Projekte<sup>9</sup> - einschließlich der Unterstützung einer eigenen Kulturindustrie - in den Entwicklungsländern gefördert werden.

- Als Ziele der Zusammenarbeit im kulturellen Bereich *strictu sensu* bieten sich die im völkerrechtlich verbindlichen EU-AKP-Partnerschaftsabkommen von Cotonou identifizierten Ziele an: Integration der kulturellen Dimension in die Entwicklungszusammenarbeit auf allen Ebenen; Anerkennung, Bewahrung (nicht in jedem Fall – U.H.) und Förderung der kulturellen Werte und Identitäten, um einen interkulturellen Dialog zu ermöglichen; Anerkennung, Bewahrung und Förderung des kulturellen Erbes sowie Unterstützung des Ausbaus von Kapazitäten in diesem Bereich; Entwicklung des Kulturgewerbes und Erweiterung der Marktzugangsmöglichkeiten für kulturelle Waren und Dienstleistungen.<sup>10</sup>
- Das Thema Entwicklung und Kultur verdient eine höhere Aufmerksamkeit – auch in der Öffentlichkeit. Die Politik, das BMZ wie auch andere EZ-Organisationen, die Wissenschaft und die Medien könnten dafür z. B. den Welttag für kulturelle Entwicklung nutzen (auf Anregung der UNESCO hatte die VN-Generalversammlung im Dezember 2002 den 21. Mai zum Welttag für kulturelle Vielfalt für Dialog und Entwicklung ausgerufen) oder auch das Nord-Süd-Zentrum des Europarats in Lissabon, dessen wichtiges Ziel darin besteht, den interkulturellen Dialog zu pflegen. Zudem könnten verstärkt künstlerische Darstellungen und Bearbeitungen entwicklungspolitisch relevanter Themen (Beispiel: Bekämpfung der Wüstenbildung) in Nord und Süd zum Einsatz kommen.

---

<sup>8</sup> Die kulturelle Dimension könnte zu einem Querschnittsbereich werden – wie auch der menschenrechtsorientierte Ansatz. Allerdings ist eine Proliferation festzustellen; bislang identifiziert das BMZ folgende Querschnittsbereiche: Armutsorientierung, Gleichberechtigung der Geschlechter, Umwelt- und Ressourcenschutz, Krisenprävention und Partizipative Entwicklung/gute Regierungsführung.

<sup>9</sup> Vgl. die von der Inter-Parlamentarischen Union in Amman am 5. Mai 2000 angenommene Entschließung „Dialog der Kulturen und Zivilisationen“ (<http://www.ipu.org/english/structure/confdocs/103%2D2.htm>), in der im Übrigen die Parlamente ermuntert werden, einen parlamentarischen Dialog zwischen den Zivilisationen und Kulturen zu führen – auch im Rahmen inter-parlamentarischer Freundschaftsgruppen.

<sup>10</sup> Auf der ersten Kulturkonferenz auf Ministerebene der AKP-Staaten am 20.6.2003 in Dakar wurde Kultur als eine treibende Kraft für Entwicklung bezeichnet. Im „Aktionsplan“ verpflichteten sich die Kultusminister, auf nationaler und regionaler Ebene geeignete Maßnahmen in Politik und Gesetzgebung zu ergreifen und für eine Integration der Kultur in die Entwicklungsstrategien zu sorgen, die kulturelle Zusammenarbeit zwischen den AKP-Ländern zu stärken und auch Partnerschaften mit der Privatwirtschaft einzugehen (Cisse 2003: 8f).



*8 Handlungsvorschläge für den Bereich Entwicklungspolitik und Kultur:*

1. Größere Rolle für die Entwicklungspolitik beim interkulturellen Dialog
2. Erweiterung des entwicklungspolitischen Vierecks um die Kultur zu einem Fünfeck
3. Integration der kulturellen Dimension in die EZ auf allen Ebenen
4. Höhere Visibilität für das Thema Entwicklung und Kultur - auch in der Öffentlichkeit.
5. Bei allen EZ-Vorhaben stärkerer Einbezug kultureller Faktoren
6. Bessere Vorbereitung von Fachkräften im Hinblick auf die eigene und fremde Kultur
7. Behutsame Förderung des intra-kulturellen und innergesellschaftliche Dialogs
8. Verstärkter Beitrag zur Verbreiterung eines Wertekonsenses

- Das BMZ sollte bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Entwicklungsvorhaben stärker kulturelle Faktoren einbeziehen und hinsichtlich der von den Akteuren erwarteten interkulturellen Kompetenz konkretere Definitionen erarbeiten. Dazu muss das BMZ personell besser ausgestattet werden, enger mit Mittlerorganisationen und Zuwendungsnehmern zusammenarbeiten, die sich auf kulturelle Faktoren spezialisiert haben, und sich Kompetenz von außen holen.<sup>11</sup> Weil interkulturell erfolgreiches Handeln in der EZ im Idealfall situations- und kulturbezogen ist und eine Mischung aus Sach-, Sozial- und Selbstkompetenzen darstellt, sind die Fachkräfte der EZ wie auch Begleitpersonen auf ihren Auslandseinsatz vorzubereiten, der immer nur ein Einsatz auf Zeit ist und auch von daher dem ‚Entsandten‘ i. d. R. eine höhere Anpassungsleistung abverlangt. Bi- und multikulturelle EZ-Teams sollten im verstärkten Maße zum Einsatz kommen. Bei der Erfolgsbeurteilung von Projekten sollten verstärkt auch immaterielle Gesichtspunkte wie die Stärkung des Selbstvertrauens, Partizipation und kulturelle Identität berücksichtigt werden.<sup>12</sup>
- Die Fachkräfte, denen interkulturelle Sensibilität, Kommunikationsfähigkeit und interkulturelles Handeln abverlangt werden, müssen selbst auch deutlich werden lassen, welche kulturellen Logiken, genährt von rational-wissenschaftlichem Denken, es bei uns gibt und welche Interessen Deutschland bzw. die Entsendeorganisation an der Zusammenarbeit hat. Dazu müssen sie über ausreichende Kenntnisse hinsichtlich der Geschichte unseres Landes und der eigenen Industrialisierung, ihrer kulturellen Auswirkungen und generell über Orientierungsstandards unserer Gesellschaft verfügen. Hier müssen die Mitarbeitervorbereitung und die Fortbildung intensiviert werden, auch wenn die

<sup>11</sup> So verfügt das Zentrum für Entwicklungsforschung an der Universität Bonn über die Abteilung „Politischer und kultureller Wandel“.

<sup>12</sup> Eine entsprechende von mir als AwZ-Vorsitzendem beförderte Empfehlung des Deutschen Bundestages vom 5. März 1982 im Rahmen einer vierzehn Punkte umfassenden Grundsatzerklärung zur Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland bleibt aktuell, selbst wenn davon einiges umgesetzt wurde - auch dank der Zuarbeit des Deutschen Übersee-Instituts. Vgl. Deutscher Bundestag, Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit (20. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung - Vierter Entwicklungspolitische Bericht der Bundesregierung, 9. Wahlperiode, Drucksache 9/1344.

Mittelbestimmung eine Beschäftigung mit deutscher Entwicklungsgeschichte nicht beinhaltet. Geldgeber und Abgeordnete der zuständigen Bundestagsausschüsse sollten für die nötige Mittelbereitstellung sorgen und damit eine wichtige Basis für den interkulturellen Dialog legen (Danckwort 1985: 72).

- Der intra-kulturelle und innergesellschaftliche Dialog sollte vom BMZ behutsam gefördert werden. Er ist wichtig für Klärungsprozesse innerhalb bestimmten kultureller und religiöser Gemeinschaften und – je nach den Umständen – eine notwendige Voraussetzung, Begleitung oder auch Folge des interkulturellen Dialogs.
- Wie die gesamte auswärtige Politik der Bundesregierung ist der entwicklungspolitische interkulturelle Dialog nicht einfach neutral, sondern orientiert sich an Werten und Interessen. In Fragen der Demokratieförderung, der Verwirklichung der Menschenrechte, der ökologischen Nachhaltigkeit des Wachstums, der Teilhabe am wissenschaftlich-technologischen Fortschritt, der Armutsbekämpfung oder dem Schutz der natürlichen Ressourcen ist eindeutig Position zu beziehen.

Ein wichtiges Ziel des interkulturellen Dialogs, das sich auch die Entwicklungspolitik zu Eigen machen sollte, besteht darin, einen Wertekonsens herbeizuführen bzw. zur Verbreiterung des Wertekonsenses beizutragen. Dies ist keine „bloße vernunftmäßige oder analytische Übung, auch kein pädagogisches Werk, sondern ein politischer Prozess. Dieser muss einen geeigneten Handlungsentwurf anbieten: für die Ziele der Transformation, die Partizipation derer, deren Wertvorstellungen geändert werden sollen, die Herausbildung institutioneller Maßnahmen, in denen sich diese Werte wieder finden“ (Randeria 1995: 81).

Grundlagen für den Wertekonsens sind besonders folgende Referenzpunkte:

- Die anerkannten, universellen Menschenrechte. Diese umfassen die politischen und zivilen Menschenrechte, die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Rechte sowie das Recht auf Entwicklung (1948 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, 1966 die beiden VN-Menschenrechtspakte, 1993 Wiener Weltkonferenz über die Menschenrechte, auf der sich die Universalität gegen den kulturellen Relativismus der Menschenrechte letztlich durchgesetzt hat). Dabei wird den Rechten von nationalen, religiösen und ethnischen Minderheiten und von Frauen in der Menschenrechtsarbeit häufig eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt.
- Die Allgemeine Erklärung zur Demokratie der Interparlamentarischen Union.<sup>13</sup> Gemäß dieser 1997 verabschiedeten Erklärung ist Demokratie ein Ideal, das auf Werten basiert, die den Menschen auf der Welt überall gemeinsam sind – ungeachtet der kulturellen, politischen sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede. Die Bundesregierung und die am Werte- und Demokratietransfer interessierten Organisationen sollten sich auf diese IPU-Erklärung berufen.

---

<sup>13</sup> Die Erklärung findet sich in IPU (Hg.): Democracy: Its Principles and Achievement, Geneva, 1998, S. III-VIII (oder auch <http://www.ipu.org/cnl-e/161-dem.htm>); auf Deutsch: Deutscher Bundestag – Drucksache 13/9048 – 13.11.97, Unterrichtung durch die Delegation der Interparlamentarischen Gruppe der Bundesrepublik Deutschland über die 98. Interparlamentarische Konferenz vom 11. bis 16. September 1997 in Kairo, S.28-30.

- Die VN-Millenniumserklärung vom September 2000, in der die Staats- und Regierungschefs folgende Werte als für die internationalen Beziehungen im 21. Jh. wesentlich aufführen: Freiheit (mit einem klaren Bekenntnis zu Demokratie und partizipatorischer Regierungsführung), Gleichheit und Solidarität, Toleranz einschl. der aktiven Förderung einer Kultur des Friedens und des Dialogs, Achtung vor der Natur sowie die gemeinsam getragene Verantwortung für eine weltweite ökonomische und soziale Entwicklung und die Abwendung der Gefahren für den internationalen Frieden, wobei die Auseinandersetzung mit den Risiken und Bedrohungen, die alle Völker der Erde angehen, auf multilateraler Ebene erfolgen soll.<sup>14</sup>
- Das am 1. April 2003 in Kraft getretene AKP-EG-Partnerschaftsabkommen von Cotonou, das die Vertragsparteien geschlossen haben, „um - im Sinne eines Beitrags zu Frieden und Sicherheit und zur Förderung eines stabilen und demokratischen politischen Umfelds – die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung der AKP-Staaten zu fördern und zu beschleunigen“.

Angesichts dieser Bekenntnisse und Verpflichtungen zu Demokratie, Menschenrechten und gutem Regierungs- und Verwaltungshandeln ist es geradezu absurd, wenn einige in Süd wie Nord in diesem Zusammenhang von Neo-Kolonialismus sprechen. Richtig ist, dass sich viele Entwicklungsländer notwendigen Veränderungen nicht verschließen dürfen und insofern ein Spannungsverhältnis zwischen Eigenverantwortung der Partnerländer (*ownership*) und den Erwartungen der Industrieländer und multilateraler Institutionen bestehen kann. Aber wer für die Überwindung des krassen Nord-Süd-Gefälles und großer Einkommensgräben in den Entwicklungsländern selbst sowie für Armutsbeseitigungsstrategien eintritt, kann schlecht für die Beibehaltung traditioneller entwicklungs-, demokratie- und menschenrechtsfeindlicher Kulturen plädieren.<sup>15</sup>

Im Übrigen gehört zum politischen Dialog „auf gleicher Augenhöhe“ auch, dass sich die Industrieländer Überprüfungen gefallen lassen müssen: in Fragen von Asyl und Migration, Ausländerfeindlichkeit, mangelhafter entwicklungspolitischer Kohärenz, Doppelstandards beim Predigen von marktorientiertem Wirtschaften, z. T. skandalösen Agrarsubventionen und der Korruptionsbekämpfung.

#### *Literatur:*

BMZ (Hrsg.): Elfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Bonn 2001a.

BMZ (Hrsg.): Die Herausforderungen des Terrorismus – Konsequenzen für die Entwicklungspolitik. Ergebnisse einer Dialogveranstaltung mit dem entwicklungs- und friedenspolitischen Umfeld des BMZ, Bonn, Oktober 2001b.

BMZ (Hrsg.): Das Abkommen von Cotonou – Neue Wege in der AKP-EG-Partnerschaft (Materialien, Nr. 118), Bonn 2002.

<sup>14</sup> Resolution adopted by the General Assembly [without reference to a Main Committee (A/55/L.2)]

<sup>15</sup> Mit über dreißig Partnerländern betreibt das BMZ eine Zusammenarbeit in den Schwerpunkten Demokratisierung und gute Regierungsführung, Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Verwaltungsreform - Bereiche, denen für eine Umsetzung von Menschenrechtsverpflichtungen eine zentrale Bedeutung zukommt. Dennoch ist das Potential der Menschenrechte in der EZ längst nicht ausgeschöpft.

- BMZ (Referat 120): Interkultureller Dialog in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Evaluierungsbericht, Bonn und Offenbach, Januar 2003.
- BMZ (Hrsg.): Wirtschaft – Soziales – Entwicklung. Armut bekämpfen und Gerechtigkeit schaffen, Bonn 2004.
- Böckmann, K.: Herausforderung multikulturelle Politik, in: Kommunikation Global, Jg. VI, Nr. 61, Januar 2005, S. 7f. 7.
- Cisse, A.: Culture as a driving force, in: The Courier ACP-EU, Nr. 199, Juli-August 2003, S. 8f.
- Dankwortt, D.: Von den Schwierigkeiten interkulturellen Lernens, in: Böll, W. & E. Wolf (Hrsg.): 25 Jahre Dialog und Training – Was haben wir gelernt?, Baden-Baden 1985, S. 68-72, 72.
- Holtz, U.: From *homo oeconomicus* to *homo oecologicus*, Interview in: The Courier (Africa, Caribbean, Pacific - European Union) März/April 1997, S. 25f..
- Holtz, U.: Entwicklungspolitik - Bilanz und Herausforderungen, in: Kaiser, K. & H.-P. Schwarz (Hrsg.): Weltpolitik im neuen Jahrhundert, Baden-Baden 2000, S. 481-508, 497.
- IPU (Hrsg.): Democracy: Its Principles and Achievement, Geneva, 1998, S. III-VIII (oder auch <http://www.ipu.org/cnl-e/161-dem.htm>); auf Deutsch: Deutscher Bundestag – Drucksache 13/9048 – 13.11.97, Unterrichtung durch die Delegation der Interparlamentarischen Gruppe der Bundesrepublik Deutschland über die 98. Interparlamentarische Konferenz vom 11. bis 16. September 1997 in Kairo, S.28-30.
- Köhler, V.: Die DSE als Forum des „Inneren“ Dialogs, in: Böll, W. & Wolf, E. (Hrsg.): 25 Jahre Dialog und Training – Was haben wir gelernt?, Baden-Baden 1985, S. 162-168.
- „Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt“ - Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul beim Pressegespräch zum UN-Bericht über die menschliche Entwicklung 2004, unter: <http://www.bmz.de/de/presse/reden/ministerin/rede200407141.html> (30.3.05).
- Loch, A. & G. Seidel: Interkulturelle Zusammenarbeit, in: Thomas, A. (Hrsg.): Handbuch der interkulturellen Kommunikation und Kooperation, Göttingen 2003, S. 309-318.
- Losche, H.: Interkulturelle Kommunikation. Sammlung praktischer Spiele und Übungen, Augsburg 2000.
- Randeria, S.: Die Krise der Entwicklungstheorie: einige Betrachtungen zu Kultur, politischem Prozess und Bevölkerungspolitik, in: Deutscher, E., T. Jahn & B. Motmann (Hrsg.): Entwicklungsmodelle und Weltbilder (DSE), Frankfurt 1995, S. 78-92, 81.
- Resolution adopted by the General Assembly [without reference to a Main Committee (A/55/L.2)].

- Sen, A.: How does Culture Matter?, Trinity College, Cambridge, March 2002 (auch unter:  
<http://www.art4development.net/HOW%20DOES%20CULTURE%20MATTER.pdf> (29.3.05).
- Thomas, A. (Hrsg.): Kulturvergleichende Psychologie. Eine Einführung, Göttingen 1993.
- UNDP: Bericht über die menschliche Entwicklung 2004. Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt, in: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hrsg.), Bonn 2004, S. 2.
- Weiss, D.: Kultur und Entwicklung, in: Thiel, R. E. (Hrsg.): Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie (Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung), Bonn 2001, S.366-378.
- Witte, B. C.: Dialog der Kulturen: Haben wir ihn gelernt?, in: Böll, W. & E. Wolf (Hrsg.): 25 Jahre Dialog und Training – Was haben wir gelernt?, Baden-Baden 1985, S. 72-78.
- Weiss, D.: Kultur und Entwicklung, in: Reinold E. Thiel (Hrsg.): Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie (Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung), Bonn 2001, S.366-378.
- <http://www.bmz.de/de/erfolg/instrumente/evaluierung/kurz/EvalBericht300/index.html> - 30.3.05)
- <http://www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/peru/projekte/agrarkultur.html> (29.3.05).
- [http://www.unesco.org/culture/laws/mexico/html\\_eng/page1.shtml](http://www.unesco.org/culture/laws/mexico/html_eng/page1.shtml) (29.3.05).